



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack

Liebe Leserinnen und Leser,

die Fußball-WM ist vorbei und auch Schwarz-Gelb rettet sich in die Berliner Sommerpause. Nach einem Regierungsversagen in Serie, das jetzt neun Monate andauert, nach fortgesetzter Entscheidungsunfähigkeit bei nahezu allen wichtigen politischen Fragen, nach einem Misstrauensvotum gegen die Kanzlerin Merkel bei der Bundespräsidentenwahl, taumelt die Koalition in die Ferien.

Der schwerwiegendste Wortbruch von Schwarz-Gelb ist die Nettolüge. Versprochen wurden Milliarden über Milliarden an Steuersenkungen zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. „Mehr Netto vom Brutto“, hieß der Slogan. Nach neun Monaten ist klar, dass das Gegenteil geschieht. Die Steuersenkungen wurden nach der Landtagswahl in NRW beerdigt. Stattdessen steigt die Steuerlast für Unternehmen wie für Bürgerinnen und Bürger.

Ein Offenbarungseid ist das vollständige Scheitern in der Gesundheitspolitik. Fantasielos, kraftlos, beinahe willenlos fügt sich der gescheiterte Gesundheitsminister in die Regierungsunfähigkeit der Koalition. Monatelanger Streit, die Einsetzung einer Regierungskommission, vollmundige Ankündigungen eines Systemwechsels mit der Kopfpauschale – und alles, was herauskommt, ist die Erhöhung der Beiträge für gesetzlich Versicherte und die Erhöhung der Zusatzprämien. Das Versagen der Koalition wird teuer für Millionen gesetzlich Versicherte.

Ein weiteres Dokument des Scheiterns ist der Haushaltsentwurf für 2011. Er



belegt, wie vor allem die Schwächeren in der Gesellschaft für die schwarz-gelben Steuerprivilegien und Klientelgeschenke zahlen müssen. Konkret wird die Koalition bei den Einschnitten in die Vermittlung und Förderung von Arbeitslosen, beim Streichen des Elterngeldes, der Rentenversicherung und des Heizkostenzuschusses für Arbeitslose. Luftig, unklar und zerstritten bleibt die Regierung aber da, wo es um die Beteiligung der Finanzbranche und Vermögenger geht.

Zu den Negativrekorden der Koalition gehört auch der dramatisch beschleunigte Vertrauensverlust. Die SPD hat sich stabilisiert und ist gemeinsam mit den Grünen bei 47 Prozent an die Schwelle einer neuen Mehrheit für Rot-Grün gekommen. Nicht zuletzt durch den Verlust der schwarz-gelben Bundesratsmehrheit wächst das Gewicht der Opposition. Wir werden mit Tatkraft, Verantwortungsbewusstsein und Gestaltungsbereitschaft unseren Kurs fortsetzen.

Herzlichst **Kerstin Tack, MdB**

„WahlkreisTACKtiker“- Schülerinnen und Schüler beraten Politik

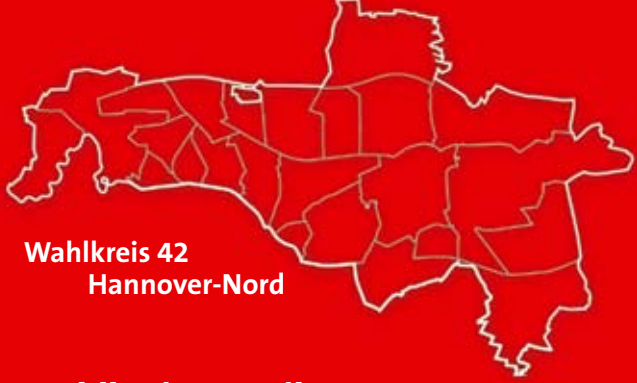
Eine lebendige Demokratie braucht junge, interessierte Demokratinnen und Demokraten. Als Bundestagsabgeordnete ist es mir ein besonderes Anliegen, junge Menschen parteiübergreifend für Politik zu interessieren.

Aus diesem Grund starte ich in diesem Jahr unter dem Titel „WahlkreisTACKtiker“ ein **praxisorientiertes Demokratietheorieprojekt** an hannoverschen Schulen meines Wahlkreises.



Das besondere des Projektes wird sein, dass Schülerinnen und Schüler einer Klasse in die Rolle von Politikberaterinnen und -beratern schlüpfen, deren Vorschläge ich später direkt in meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete einfließen lassen werde.

Fortsetzung auf Seite 2



Wahlkreis 42
Hannover-Nord

WahlkreisTACKtiker

Fortsetzung von Seite 1

Einen Schwerpunkt meiner Arbeit in Berlin bildet der Ausschuss des Bundestages für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, dessen Mitglied ich bin. Hierbei liegt mir vor allem der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher am Herzen. Mein weiterer Schwerpunkt besteht in der Gesundheitspolitik. Aus diesen beiden Bereichen sind Projektthemen denkbar wie z. B. über Handyschulden, Datenschutz im Internet, genmanipulierte Lebensmittel oder auch Suchtgefahren. Gern können sich meine „WahlkreisTACKtiker“ aber auch ein eigenes bundespolitisches Thema geben.

Ich werde die beratenden Klassen im Unterricht besuchen, um ihnen einen Einblick in meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete zu geben und mit ihnen die konkreten Projektthemen durchzusprechen. Auch die anschließende Bearbeitung der Themen findet im Unterricht statt. Dies kann im Rahmen von **Deutsch, Politik oder auch Wirtschaft** sein; denkbar sind alle Fächer, in denen politische Themen diskutiert werden können. „Im Unterricht“ bedeutet aber nicht unbedingt im Klassenraum. Wer Lust hat, kann auf die Straße gehen und dort eine **Umfrage** durchführen, einen **Filmclip** drehen oder eine **Foto-Story** gestalten. Hierbei stehen erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins „Politik zum Anfassen e.V.“ helfend zur Seite, den ich für die Durchführung des Projektes gewinnen konnte. In Zusammenarbeit mit den Lehrkräften werden die Klassen auf diese Weise während des gesamten Projekts begleitet und unterstützt; auch wird ggf. notwendige Technik gestellt.

MITMACHEN

können **Schulklassen aller Schulzweige ab der 8. Jahrgangsstufe**. Die Klassen sollten sich schriftlich über mein BürgerInnenbüro bewerben. Interessant wäre eine Vorstellung der Klasse, warum und mit welchem Thema die Schulklassen an „WahlkreisTACKtiker“ teilnehmen möchte.

Bewerbungsschluss ist der 3. September 2010.
Nähere Informationen unter
www.kerstin-tack.de/wahlkreistacktiker

Kerstin Tack unterwegs Impressionen aus Hannover und Berlin



31. Mai: Schulklassen des Kurt-Schwitters-Gymnasiums gemeinsam mit mir im Bundestag



26. Juni: Radtour der SPD-Bezirksratsfraktion Vahrenwald-List



8. Juni: Klasse der Schillerschule gemeinsam mit mir im Bundestag



4. Juli: Schützenausmarsch gemeinsam mit Regionspräsident Hauke Jagau (links)
20. Juni: Grillwettbewerb auf dem Rathausplatz. (rechts)



Fairness auf dem Arbeitsmarkt am 3. Juni: Stefan Schostok (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion), Kerstin Tack und Olaf Scholz (stv. SPD-Vorsitzender)

Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Am 3. Juni diskutierten 120 Gäste aus allen gesellschaftlichen Bereichen über das SPD-Arbeitsmarktkonzept. Aus den Anregungen will die SPD-Region Hannover einen Antrag zum Bundesparteitag erstellen. Bei Interesse bitte an Torben Klant (TorbenKlant@aol.com | stellv. Vorsitzender SPD-Unzerbezirk Region-Hannover) wenden oder zum nächsten Treffen der Reformwerkstatt am Donnerstag, 12. August 2010 um 20:00 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus in die Odeonstraße 15/16 kommen.

„Jugend und Parlament“ und Praktikum



8. Juni: Jörn, Teilnehmer aus meinem Wahlkreis an „Jugend und Parlament“ (links)

10. Juni: Gemeinsam mit Praktikant Jonas im Bundestag (rechts)

Meine Arbeit im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Der Beirat soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch begleiten und Empfehlungen abgeben.

Der Begriff Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft. Nur, wer so viele Bäume fällt, wie nachwachsen, sorgt dafür, dass der Wald für die künftige Nutzung zur Verfügung steht und auf Dauer seinen Wert behält. - Oder anders formuliert: Es ist nachhaltig, von den Zinsen zu leben statt vom Kapital.

Es ist nachhaltig, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und die Wirtschaft durch mehr Umweltschutz und innovative Technologien voranzubringen. Dadurch sichern wir unseren Wohlstand und technischen Fortschritt. Ein Bericht der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ von 1987 stellt fest: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Bereits in der letzten Legislaturperiode verankerte der Beirat eine Pflicht zur Nachhaltigkeitsprüfung bei Gesetzesvorhaben. Seitdem prüft der Beirat diese und gibt gegebenenfalls gegenüber den entsprechenden Fachausschüssen eine Stellungnahme ab.

In der Praxis setzen dies die Ministerien in ihren Gesetzentwürfen kaum um. Der Beirat hat deshalb aktuell bei der Bundesregierung angemahnt, dass die Ministerien tatsächlich die Auswirkungen ihrer Gesetzentwürfe prüfen.

Dabei sollen die vier Hauptindikatoren der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden:

- 1) Generationengerechtigkeit:
Klimaschutz, Ressourcenschonung etc.
- 2) Lebensqualität
- 3) sozialer Zusammenhalt
- 4) internationale Verantwortung

Neben der Gesetzentwurf-Prüfung hinaus begleitet der Beirat die deutsche und europäische Nachhaltigkeitsstrategie. Diese soll Ziele und Empfehlungen bis ins Jahr 2030 festlegen.

Bei den Stellungnahmen ist eine gewisse Einigkeit jenseits der Fraktionsgrenzen unser Vorsatz im Beirat, damit die festgelegten Strategien über Legislaturperioden und Regierungswechsel hinweg Bestand haben.



Kostenfallen im Internet abstellen

Gesetzentwurf der SPD zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Vertragsabschlüssen im Internet

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher werden Opfer von sogenannten Kostenfallen im Internet. Ob Gratis-Software, Rezept-Datenbanken oder Schülerreferate: Meist haben arglose Verbraucherinnen und Verbraucher sich auf einer Webseite angemeldet, auf der mit kostenlosen Angeboten geworben wird oder sind über eine Suchmaschine dorthin gelangt. Dass doch Kosten entstehen, sieht man nicht auf den ersten Blick, sondern erst versteckt im Kleingedruckten oder nach dem Herunterscrollen des Bildschirms.

Die zuständigen Ministerinnen Aigner und Leutheusser-Schnarrenberger kündigen seit Monaten Maßnahmen dagegen an, passiert ist aber nichts. Mit einer EU-weiten Regelung, wie von der Bundesregierung bevorzugt, ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen.

Deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion am 08.07.2010 einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht (Drucksache 17/2409), mit dem der Abzocke im Internet ein für alle mal ein Riegel vorgeschoben werden kann. Wir wollen, dass ein im Internet geschlossener Vertrag nur wirksam wird, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher einen gesonderten, besonders grafisch hervorgehobenen Hinweis („Button“) auf den Preis erhalten und diesen durch Anklicken auch bestätigt haben. Damit wird Kostentransparenz im Internet gewährleistet und es unseriösen Anbietern erschwert, Verbraucherinnen und Verbraucher durch unklare oder versteckte Preisangaben im Internet in Kostenfallen zu locken. Frankreich hat die „Button“-Lösung bereits, dort sind Kostenfallen im Internet kein Thema.

Wenn die Koalitionsfraktionen dem Entwurf der SPD zustimmen, sind sie auch in Deutschland bald kein Problem mehr.

Der Gesetzentwurf und meine Rede dazu im Deutschen Bundestag vom 8.7.2010 sind auf meiner Homepage www.kerstin-tack.de zu finden.



Meine Arbeit in der SPD-Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration

Die Arbeitsgruppe „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration“ der SPD-Bundestagsfraktion ist eine Querschnittsarbeitsgruppe. Sie ist durch personelle Verknüpfungen mit den anderen Ausschuss-Arbeitsgruppen Bestandteil in den Strukturen der Fraktion. Für die Arbeitsgruppe (AG) Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nehme ich an dieser AG teil. Hauptaufgabe der AG ist die Begleitung der Berichte der Bundesregierung zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland.

Wir tagen in der Regel in jeder zweiten Sitzungswoche. Eingeladen sind auch Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie andere Expertinnen und Experten. Mit Konferenzen und Veranstaltungen tragen wir unsere Themen in die Öffentlichkeit.

Aktionswoche Schuldnerberatung

Jährlich findet eine Aktionswoche der Schuldnerberatung statt, an der sich die AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration ebenfalls beteiligt. In diesem Jahr stand die Aktionswoche vom 21.-25. Juni unter dem Motto „Geschäfte mit der Armut“.

Hierzu fand am 23. Juni gemeinsam mit der Schuldnerberatung der AWO Region Hannover ein Informationsgespräch für die Presse statt. Übereinstimmend fordern wir gesetzliche Maßnahmen zum Schutz vor unseriösen Kreditvermittlern und vermeintlichen Schuldenregulieren.

Meine Forderungen für die Aktionswoche sind:

- „Ökonomisches Verständnis“: Der Umgang mit Verträgen und Finanzen oder Datenschutz muss in die Schullehrpläne aufgenommen werden.
- Schuldnerberatungsstellen müssen ausgeweitet und personell aufgestockt werden, um die Wartezeiten zu reduzieren.
- Finanzvermittlungen bzw. Finanzvermittler müssen klaren Regeln unterliegen: Sachkundenachweis, Registrierungspflicht, Kontrolle, Beratungsprotokolle, Berufshaftpflicht.
- Wir benötigen eine Aufklärungskampagne für Verbraucherinnen und Verbraucher zum Umgang mit schnell angebotenen Krediten und zum Umgang mit Inkassobüros. Hintergrund: 400.000 Personen pro Jahr werden Opfer von Kreditbetrug.
- Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit jeder von seiner Arbeit leben kann.
- Alleinerziehende sind zu stärken, denn sie haben ein hohes Armutsrisiko.

Freiheit und Unabhängigkeit für die West-Sahara Delegation der Frente Polisario besucht Hannover

Am 23. Juni besuchten zwei Vertreter der Befreiungsbewegung für West-Sahara, der Frente Polisario, Hannover. Sie folgten damit meiner Einladung zur Intensivierung der traditionell guten Kontakte zur niedersächsischen Landeshauptstadt. Ich habe während meiner ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Sozialistischen Jugend Deutschland - Die Falken die internationale Zusammenarbeit mit der Frente koordiniert und war selber 1992 in den Flüchtlingslagern in Algerien.

Neben Gesprächen mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Schostok, und dem Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, besuchten wir den Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN). Hannovers Oberbürgermeister a. D., Herbert Schmalstieg, hatte einst den Grundstein für die Zusammenarbeit gelegt und war langjähriges Mitglied im Beirat der Freunde des sahrauischen Volkes. Abschluss bildete ein Treffen mit den Falken und den Jusos.



v.l.n.r.: Ali Mbarek Mouloud (Ansprechpartner der Frente in Niedersachsen), Kerstin Tack, Oberbürgermeister Stephan Weil und Jamal Zakari (Vertreter der Frente in Deutschland)

Hintergrund: Der West-Sahara-Konflikt

1975 besetzte Marokko völkerrechtswidrig weite Teile der rohstoffreichen West-Sahara. 160.000 Sahrauis flüchteten vor den Napalmbomben in Lager in der algerischen Sahara. Die übrigen 440.000 blieben in den von Marokko besetzten Gebieten und werden seither unter schwersten Menschenrechtsverletzungen drangsaliert. Getrennt werden die besetzten Gebiete von den Flüchtlingslagern durch eine befestigte und verminte Grenzanlage („Mauer“).

1991 trat ein Waffenstillstand in Kraft, damit eine UN-Mission eine Volksabstimmung zum Status (Unabhängigkeit versus Angliederung an Marokko) durchführen kann. Marokko akzeptierte das Register der Wahlberechtigten nicht, womit der Status quo fortbestehen bleibt. Die Menschenrechtsverletzungen Marokkos füllen jährlich viele Seiten des Amnesty International-Berichtes. Die Ausbeutung der Bodenschätze und der Fischgründe durch Marokko gehen unvermindert weiter. Das sahrauische Volk wartet seit nunmehr 19 Jahren auf das von der UN beschlossene Referendum.

Interview mit Ursula Pöhler Vorsitzende des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt

Frau Pöhler, womit motivieren Sie Interessierte, wenn Sie gefragt werden, warum man in den Sozialverband Deutschland (SoVD) eintreten soll?

Diejenigen, die zu vorderst unsere Sozialberatung in Anspruch nehmen, müssen überhaupt nicht motiviert werden, sie rennen uns seit Jahren quasi die Bude ein. Politisch setzt sich der SoVD für die Schwächeren in unserer Gesellschaft ein, wir kämpfen u. a. für die Stärkung des Sozialstaates, gegen Armut, für Patientenrechte. Daneben bieten wir unseren Mitgliedern gesellige Aktivitäten wie Kegeln und Ausflugs- und Mehrtagesfahrten. Außerdem gibt es Informationen zu Themen wie Patientenverfügung. Zusätzlich kann jeder selbst mitmachen, z. B. Besuche bei erkrankten oder nicht mehr so mobilen Menschen.

Im Sozialberatungszentrum Hannover arbeiten viele hauptberufliche Beraterinnen und Berater. In welchen Bereichen beraten sie hauptsächlich und gibt es in den letzten Jahren Veränderungen in den Bereichen?

In unserem SoVD-Beratungszentrum arbeiten 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir beraten über die gesamte Palette des Sozialrechts. Die meisten Menschen kommen in Renten- und Schwerbehindertenangelegenheiten zu uns. Es sind aber in den letzten Jahren Rechtsgebiete hinzugekommen, so z. B. die Grundsicherung, davor die Pflegeversicherung und zuletzt das Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Leider hat sich hier der Beratungsbedarf stark erhöht. Im Jahr 2009 haben wir fast 10.000 Beratungen durchgeführt und rund 3.600 Verfahren für unsere Mitglieder geführt - meistens erfolgreich!

Vereine und Verbände klagen über rückläufige Mitgliedszahlen. Der SoVD scheint damit keine Probleme zu haben. Wie verteilen sich Ihre Mitglieder?

In der Tat haben wir mit der Mitgliederengewinnung wenig Probleme, weil unsere Sozialberatung attraktiv ist und uns ständig neue Mitglieder in das Beratungszentrum und damit

auch in unsere Ortsverbände spült. Schwieriger ist es, diese Mitglieder dann nach erfolgter Beratung und Vertretung durch uns auch langfristig an den Verband zu binden und sie von unseren Zielen zu überzeugen. Trotz der Schwierigkeit dieser Aufgabe blicken wir aber seit Jahren auf ständig steigende Mitgliederzahlen zurück. Die meisten Mitglieder kommen zu uns in der letzten Phase des Erwerbslebens, so ca. zwischen 53 und 63 Jahren. Darunter sind auch gerade hier in der Stadt Hannover viele türkische Mitbürgerinnen und -bürger, die schon lange hier leben und sich teilweise kaputt gearbeitet haben. Sie müssen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden und wir helfen ihnen dabei, ihre Ansprüche zu sichern. Auch aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien sind etliche im SoVD organisiert.

Übrigens, was viele nicht wissen: der SoVD lebt nahezu ausschließlich von den Mitgliedsbeiträgen und erhält keine staatlichen Mittel.

Wie lauten die wichtigsten Forderungen des SoVD an die Politik?

Aktuell kämpfen wir vor allem gegen den Raubzug durch die Taschen der Krankenversicherten, den die Regierung Gesundheitsreform nennt. Es gibt starke Entsolidarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft. Die Politik muss stärker als bisher aufpassen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter öffnet. In vielen städtischen Gremien ist es aber durchaus so, dass wir dort mitarbeiten und unsere Vorschläge und Forderungen diskutiert und auch gelegentlich umgesetzt werden.

Welche Tipps möchten Sie Politikerinnen und Politikern mit auf den Weg geben?

Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Verbände wie der SoVD finden es wichtig, dass Politikerinnen und Politiker die Nähe zur Basis behalten, um die Sorgen und Einstellungen der Menschen zu verstehen. Diese müssten dann auch in Abstimmungen stärker berücksichtigt werden.



Oberbürgermeister Stephan Weil bei der Verleihung der Stadtplakette für Verdienste um die Stadt Hannover an Ursula Pöhler

Ursula Pöhler - Zur Person

Alter: 74 Jahre

Mitglied im SoVD seit 33 Jahren

Vorsitzende des SoVD Hannover-Stadt seit 1998

Weitere Mitgliedschaften:

SPD-Mitglied in Döhren, Mitglied im Freundeskreis beim Landesfrauenrat

Der Sozialverband Deutschland - SoVD

Der SoVD ist mit über 500.000 Mitgliedern einer der größten Sozialverbände Deutschlands. Alleine in der Region Hannover arbeiten 1.000 Ehrenamtliche in 110 Ortsverbänden.

Er bietet Beratung in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, beim Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Schwerbehinderung und in vielen weiteren Bereichen.

Die Beratung findet u.a. im Sozialberatungszentrum Hannover statt:

Herschelstraße 31 - 30159 Hannover - Tel. 0511/70 148-0

Mo. bis Do. von 9:00 bis 16:00 Uhr und am Fr. von 9:00 bis 12:00 Uhr

Mittwochs Beratung nur nach vorheriger Terminvereinbarung

Für die Sozialberatung ist eine Mitgliedschaft notwendig (5 Euro/Monat).

Weitere Infos:

www.sovd-hannover.de

Veranstaltungshinweise

„Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen“

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen ist eines der wichtigsten Themen nach der Wirtschafts- und Finanzkrise. In einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 29.10.2010 in Hannover soll dieses Thema und unsere Forderungen gemeinsam mit Experten und Expertinnen weiter vertieft werden.

Datum: 29.10.2010 um 18:00 Uhr | Ort: N.N.

„Ein Jahr nach der Bundestagswahl“

Die SPD-Ortsvereine des Wahlkreises planen eine Bilanz-Veranstaltung zum Thema „Ein Jahr nach der Bundestagswahl“. U.a. ist eine Talkrunde mit Gästen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Vorbereitung.

Datum: 4.11.2010 um 19:00 Uhr

Ort: IGS List, Röntgenstraße 6

Kerstin Tack besucht Märkte

Die Bundestagsabgeordnete besucht im Spätsommer zum zweiten Mal in diesem Jahr die Märkte ihres Wahlkreises. Sie können sie treffen am

Samstag, 28.8.

ab 10:00 Uhr Misburger Markt

ab 11:30 Uhr Moltkeplatz

Dienstag, 31.8.

ab 11:00 Uhr Markt an der Friedenskirche (Zoo)

Mittwoch, 1.9.

ab 10:00 Uhr auf dem Moltkeplatz

ab 11:45 Uhr Jahnplatz

ab 15:30 Uhr Einkaufszentrum Emmelmann Center/Sutelstraße

Donnerstag, 2.9.

ab 10:00 Uhr Schapernplatz

ab 14:00 Uhr Markt in der Gretchenstraße

ab 16:00 Uhr Markt in den Hägewiesen

Freitag, 3.9.

ab 9:30 Uhr Stöckener Markt

ab 11:15 Uhr Klopstockmarkt

ab 15:00 Uhr Roderbruchmarkt

ab 16:30 Uhr Markt in der Bussestraße

Impressum:

kontakt | Ausgabe 3/2010 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack

Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

www.kerstin-tack.de | kerstin.tack@wk.bundestag.de

Redaktion: Thilo Scholz

Druck: flyeralarm.de

Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare

Erscheinungstermin: 08/2010

Nächster Erscheinungstermin: 10/2010

Bildnachweise PHOTOCASE:

Seite 1 | Berliner Bären | juli | Quelle: PHOTOCASE.COM

Seite 1 | hide and seek | *pina | Quelle: PHOTOCASE.COM

Seite 3 | Achtung Falle ! | jarts | Quelle: PHOTOCASE.COM

Seite 3 | insulaner | kallejipp | Quelle: PHOTOCASE.COM

Termine bis Oktober 2010

- 15.8. Laubenfest Kleingartenverein Tannenbergallee
- 16.8. Gespräch mit dem Präsidenten der Leibniz-Universität Hannover, Prof. Dr. Erich Barke
- 18.8. Kerstin Tack begleitet einen Tag die Feuerwehr Hannover
- 19.8. Fastenbrechen des DITIB-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen
- 20.8. Gespräch mit dem Personalratsvorsitzenden der VGH
- 21.8. Stadtteilstadtteilfest Kleefeld
Stadtteilfest Klopstockmarkt
Stadtteilfest Vahrenheide
Eröffnung des Schützenfestes Groß-Buchholz
- 22.8. Festessen der Schützen Groß-Buchholz
- 24.8. Gespräch mit einer Schulklasse der Käthe-Kollwitz-Schule, Berlin
- 25.8. Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein Groß-Buchholz zum Verbraucherschutz
- 26.8. Talk mit Tack: Pflege
- 27.8. Gespräch mit dem DGB
Sommerempfang Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken

- 1.9. Wahlkreis-Forum
- 2.9. Talk mit Tack: Schulleitungen
- 3.9. Eröffnung Schützenfest Kleefeld
Eröffnung Schützenfest Vinnhorst
- 4.9. Afrika-Markt, Steinhude
Schorsenfest der SPD Hannover
- 5.9. Schützenfest Kleefeld: Königsessen und Ausmarsch
- 6.9. Besuch beim Sportverein Borussia
Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein Hainholz-Vinnhorst
- 7.9. Gespräch mit Schulklassen der Käthe-Kollwitz-Schule
Besuch bei der Slow-Food-Ortsgruppe Hannover
- 9./10.9. Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion, Magdeburg
- 12.9. Frühstück mit Politik des Ortsvereins List der Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- 13.-17.9. Sitzungswoche des Bundestages, Berlin
- 18.9. Radtour des SPD-Ortsvereins List-Nord
- 19.-26.9. Delegationsreise des Bundestagsausschusses Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nach Ostafrika
- 26.9. Außerordentlicher SPD-Bundesparteitag, Berlin

- 27.9.-1.10. Sitzungswoche des Bundestages, Berlin
- 4.-8.10. Sitzungswoche des Bundestages, Berlin
- 23.10. Verbandstag des Bezirks der Kleingärtner
- 24.10. Besuch der INFA
- 25.-29.10. Sitzungswoche des Bundestages, Berlin
- 26.-27.10. Berlin-Besuch einer Gruppe politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger aus Hannover auf Einladung von Kerstin Tack
- 29.10. Fraktion vor Ort: Mehr Verbraucherschutz bei Finanzprodukten (siehe Veranstaltungshinweis oben links)
- 30.10. Kommunalkongress des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

Weitere Informationen sowie weitere Termine unter www.kerstin-tack.de/aktuell/termine/

Bürgerinnen- und Bürgersprechstunden von Kerstin Tack

17.08. von 16:00 bis 18:00 Uhr

07.09. von 16:00 bis 18:00 Uhr

02.11. von 16:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 69 98 05 oder per E-Mail an kerstin.tack@wk.bundestag.de